

**Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses
am Dienstag, dem 22.11.2005, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. 540)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:50 Uhr**

| | Seite |
|--|-----------------|
| <u>I. Öffentlicher Teil</u> | |
| 1. Haushaltsplanberatungen 2006 | 344/2005 |
| 2. Radwegebauinitiative K 23 Neubeckum - Ennigerloh | 346/2005 |
| 3. Überlegungen zum Einsatz von Rapsöl als Treibstoff in Fahrzeugen zur Straßenunterhaltung | 347/2005 |
| 4. Anfrage der FDP - Kreistagsfraktion zum Thema Mehrbelastung von Bundes- und Landesstraßen im Kreis | 351/2005 |
| 5. Anfrage der FDP - Kreistagsfraktion zum Thema Organisation | 350/2005 |
| 6. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Installation von Anlagen zur Nutzung von Solarenergie und Fotovoltaikanlagen | |
| <u>II. Nichtöffentlicher Teil</u> | |
| 1. Abbruch der alten und Errichtung einer neuen Brücke im Zuge der K 40 über den Flaggenbach | 345/2005 |

Anwesend:

| Vorsitz | |
|----------------------------|------------------------------------|
| Tegelkämper, Paul | |
| Ausschussmitglieder | |
| Berkhoff, Henrich | |
| Broy, Wilfried | |
| Budde, Heinrich | |
| Edelhoff, Alfred | |
| Franke, Michael | |
| Heger, Klaus-Werner | |
| Luster-Haggeney, Rudolf | |
| Neumann, Jochem | |
| Northoff, Robert | |
| Pries, Wilhelm | |
| Sadlau, Erwin | |
| Samson, Bernhardine | |
| Stumpenhorst, Lothar | |
| Wiemann, Norbert | Vertretung für Frau Manuela Steuer |
| von der Verwaltung | |
| Borgstedt, Hendrik | |
| Büscher, Kunibert | |
| Funke, Stefan Dr. | |
| Gnerlich, Friedrich | |
| Hansen, Peter Dr. | |
| Linder, Bernd-Ulrich Dr. | |
| Peitz, Sigurd | |
| Scheffer, Frank | |

Es fehlten entschuldigt:

| Ausschussmitglieder |
|----------------------------|
| Steuer, Manuela |

Herr Tegelkämper eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Bauausschuss mit Einladung vom 11.11.2005 form- und fristgerecht einberufen worden ist. Er begrüßt Herrn Sigurd Peitz, den neuen Amtsleiter des Bauamtes. Herr Peitz stellt sich den Mitgliedern des Bauausschusses vor.

I. Öffentlicher Teil

1. Haushaltsplanberatungen 2006

344/2005

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2006 und des Investitionsprogrammes 2005 – 2009 werden Seitenweise zur Beratung aufgerufen.

Unterabschnitt 6110 – Kataster- und Vermessungsverwaltung

Herr Dr. Linder berichtet über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Katasteramtes sowie zukünftige Aufgabenschwerpunkte des Vermessungs- und Katasteramtes. Die Gebühreneinnahmen seien im Gegensatz zum Haushalt 2004 rückläufig. Dies läge sowohl an den rückläufigen Fallzahlen bei der Erstabgabe der digitalen Liegenschaftskarte als auch an der Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes, wonach kreisangehörigen Städten und Gemeinden digitale Karten gebührenfrei zur Verfügung zu stellen sind. Ebenfalls rückläufig sei die Zahl der erstellten Vermessungsunterlagen für Gebäudeeinmessungen. In der Vergangenheit bestehende Rückstände seien abgearbeitet, was sich auch positiv bei den Personalkosten bemerkbar mache. Auch die Gebühren für die Fortführung des Liegenschaftskatasters seien konjunkturell bedingt rückläufig.

Es sei davon auszugehen, dass die Digitalisierung der Liegenschaftskarte im Jahr 2007 abgeschlossen werde. Da alle Städte und Gemeinden sowie zahlreiche Unternehmen inzwischen Geobasisdaten des Vermessungs- und Katasteramtes nutzen, wird ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit in der Beratung der Nutzer bei der optimalen Verwendung der Daten und in der Bereitstellung der Daten im Internet liegen. Dies gilt in besonderem Maße für die Städte und Gemeinden im Kreis sowie für die Ämter der Kreisverwaltung. So sollen u.a. gemeinsam kurzfristig Verfahren zur Bereitstellung der kommunalen Daten im Internet einschließlich von Gebührenabrechnungsverfahren entwickelt werden. Dazu kooperiert das Vermessungs- und Katasteramt eng mit den Kommunen im Kreis aber auch mit anderen Kreisen und Städten. Auf vertraglicher Grundlage sollen darüber hinaus auf Wunsch der Gemeinden deren Daten gegen Kostenerstattung vom Kreis gepflegt und im Internet bereit gestellt werden. Dies führt zu Synergieeffekten bei der Soft- und Hardwarebeschaffung sowie den Pflegekosten.

Auch nimmt der Kreis auf vertraglicher Grundlage die Bewertung der Grundstücke von 8 Städten und Gemeinden im Rahmen der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements vor. Die Personalkosten hierfür werden erstattet. Im Jahr 2005 werden noch 40.000 Euro außerplanmäßig vereinnahmt.

Unterabschnitt 2412 – Berufsschule Beckum

Herr Dr. Funke berichtet über die neuesten Entwicklungen zur Errichtung der Holzhackschnitzelheizanlage. Sowohl die Baugenehmigung als auch der Bewilligungsbescheid hierfür lägen vor. Der Förderbescheid sei so zu verstehen, dass dieser nur Gültigkeit habe, wenn der Kreis Warendorf die Anlage auch selber betreiben würde. Eine Übertragung des Förderbescheides wiederum durch den Kreis Warendorf an einen privaten Betreiber - die erforderlichen Ausschreibungen müssten aufgrund der Investitionssumme europaweit erfolgen – lässt der Bescheid nicht zu. Dieses Risiko wolle der Kreis nicht eingehen, zumal der Kreis in der Lage sei, durch geeignetes Personal die Anlage selber zu betreiben. Z.Zt. befindet sich die Maßnahme in der Ausführungsplanung. Die Ausschreibung soll nach der Genehmigung des Haushalts im Frühjahr 2006 durchgeführt werden. Im Spätherbst 2006 soll die Anlage in Betrieb genommen werden.

Darüber hinaus berichtete Dr. Funke, dass die Sanierung der Heizanlage des Berufskollegs Beckum an der Kettelerstraße, bei der ebenfalls Biomasse als Brennstoff eingesetzt wird, gut vorangekommen sei. Der Holzpellet-Heizkessel sei bereits installiert und befände sich derzeit in der Inbetriebnahmephase.

Unterabschnitt 6500 – Kreisstrassen

Herr Scheffer berichtet, dass der Kreis Warendorf in den letzten fünf Jahren jährlich Maßnahmen nach dem Förderprogramm GVFG mit einem Investitionsvolumen in Höhe von ca. 3,2 Mill. Euro abgewickelt habe. Im Jahr 2006 werde die Zahl der Fördermaßnahmen erheblich geringer ausfallen. Es sei nicht gelungen alle geplanten Maßnahmen (5 Projekte: K25-Höxberg, K56 Wadersloh, K54 Bad Waldliesborn, K34 Ostbevern, K27-Zechenbahn) in das Förderprogramm 2006 mit aufzunehmen. Allerdings sei es gelungen, den Bau des Radweges auf der Zechenbahn entlang der K 27(0,9 Mill.Euro) mit aufzunehmen.

In Zukunft sollen neue Maßnahmen höher anfinanziert werden als bisher. Dieses bedeute auf der einen Seite zwar eine Verringerung der Anzahl der Maßnahmen, aber durch die höhere Anteilfinanzierung sei eine bessere Umsetzung der notwendigen Projekte möglich, zumal mittlerweile viele Kommunen angesichts der Haushaltsprobleme nicht mehr in der Lage seien, entsprechende Vorfinanzierungen zu leisten.

Die im Haushaltsplan aufgeführte Radwegemaßnahme K23 –Ortsdurchfahrt Sünninghausen (HHSt.6500.3610.0023/6500.9500.0023)- soll gestrichen werden, weil die Bezirksregierung Münster in absehbarer Zeit hierfür keine Fördermöglichkeit sehe.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig zu.

Herr Scheffer berichtet weiter, dass die durch die Bürgerinitiative durchgeführte Verlängerung des Radweg an der K 38 (Füchtorf), die auch der Kreis mit 10.000 Euro bezuschusst habe, von der Bezirksregierung gefördert werden soll. Es sei geplant, Mittel für die Aufbringung der Schwarzdecke zur Verfügung zu stellen. Der Anteil des Kreises (25%) stehe durch Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 6500.9500.0511 zur Verfügung. Die Mitglieder des Bauausschusses begrüßen diese Maßnahme.

Antrag der FDP-Kreistagsfraktion über Radwege-/Straßenbau

Herr Scheffer berichtet, dass im Haushaltsplan für Radwegmaßnahmen insgesamt 2,2 Mio.Euro (davon 560.000 € Kreismittel) und für die Sanierung und den Ausbau von Kreisstraßen 2,5 Mio.Euro (davon 1,5 Mio.€ Kreismittel) bereitgestellt würden. Die Kosten für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entstünden für den Grunderwerb und die Gestaltung der Flächen. In den einzeln veranschlagten Maßnahmen seien die Kosten für die Gestaltung (Bepflanzung) mit veranschlagt. Der Grunderwerb würde über den allgemeinen Titel im Vermögenshaushalt geführt.

Auf Nachfrage von Herrn Heger, ob der Ansatz für die Sanierung von Kreisstrassen nicht zu niedrig angesetzt sei antwortet Dr. Funke, dass z.Zt. aufgrund der knappen Finanzmittel eine Anhebung des Ansatzes zwar wünschenswert aber nicht möglich sei. Weiter weist Herr Scheffer darauf hin, dass in den letzten Jahren auch hohe Eigenfinanzierungsanteile des Kreises für große Ausbaumaßnahmen geleistet werden mussten (u.a. K 18 Vohren, K 4 Sendenhorst).

Herr Edelhoff erklärt, dass die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion ausreichend beantwortet sei.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2006 mit den vorgeschlagenen Änderungen, dem Investitionsprogramm für die Jahre 2005 – 2009 wird, soweit eine Zuständigkeit des Bauausschusses gegeben ist, zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

2. Radwegebauinitiative K 23 Neubeckum - Ennigerloh**346/2005**

Herr Scheffer erläutert die Vorlage. Die Bauausschussmitglieder teilen die Auffassung der Verwaltung, dass eine andere Lösung als die vorgeschlagene aufgrund der gegebenen Verhältnisse nicht realisierbar sei. Es solle geprüft werden, ob die Sicherung der Radfahrer im Brückenbereich auch durch eine Abgrenzung mit Pollern oder durch die Errichtung eines Hochbordes gewährleistet werden könne.

Auf Nachfrage erklärt Herr Scheffer, dass mit einer Förderung des Antrages in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden könne.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

| | | |
|-----------|---|-----------------|
| 3. | Überlegungen zum Einsatz von Rapsöl als Treibstoff in Fahrzeugen zur Straßenunterhaltung | 347/2005 |
|-----------|---|-----------------|

Herr Scheffer erläutert die Vorlage. Die Mitglieder des Bauausschusses teilen die Auffassung der Verwaltung, dass zur Zeit die Umstellung der Fahrzeuge auf Nutzung von Rapsöl aus wirtschaftlichen Gründen nicht sinnvoll sei. Herr Neumann regt an, bei zukünftigen Ausschreibungen die Möglichkeit der Rapsölnutzung von neuen Fahrzeugen mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

| | | |
|-----------|---|-----------------|
| 4. | Anfrage der FDP - Kreistagsfraktion zum Thema Mehrbelastung von Bundes- und Landesstraßen im Kreis | 351/2005 |
|-----------|---|-----------------|

Herr Dr. Hansen erläutert, dass z.Zt. keine exakten Zahlen über Mehrbelastungen durch Lkw's auf den klassifizierten Straßen im Kreis Warendorf vorlägen. Alle fünf Jahre würden auf diesen Straßen Verkehrszählungen durchgeführt. Die letzte Verkehrszählung werde z.Zt. abgeschlossen; mit verlässlichen Zahlen zum Verkehrsaufkommen und damit auch zur Lkw-Belastung sei erst Anfang 2006 zu rechnen. Auch Nachfragen beim Landesbetrieb Straßenbau und bei der Bezirksregierung hätten keine weiteren Erkenntnisse ergeben.

Landesweit habe der Lkw-Verkehr ab 3,5t nach Aussagen des Verkehrsministeriums von Juni 2004 bis Juni 2005 auf den BAB um 2,3% abgenommen, auf Bundesstraßen um 9,4% und auf Landstraßen um 10,5% zugenommen.

Grundsätzlich, so Dr. Hansen weiter, bestehe nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung für die Straßenverkehrsbehörde die Möglichkeit, die Benutzung bestimmter Straßen oder Straßenstrecken aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs zu beschränken, zu verbieten oder den Verkehr umzuleiten. An diese vom Gesetz her möglichen Maßnahmen hat der Gesetzgeber jedoch hohe Eingriffsschwellen geknüpft. Die derzeitigen Regelungen der Straßenverkehrsordnung würden jedoch nicht ausreichen, das nicht zu unterschätzende Problem der Mautflucht in den Griff zu bekommen. Daher sei auch seitens des Bundes an eine Änderung der Straßenverkehrsordnung gedacht.

Ziel des Kreises sei jedoch auch weiterhin die Reduzierung der Unfälle auf allen Straßen durch verschiedene verkehrliche Maßnahmen. Dass diese Maßnahmen auch auf den Bundestrassen greifen, verdeutliche die Entwicklung der Unfallzahlen 2004/2005. So seien z.B. die Lkw-Unfälle auf der B 64 von 42 Unfällen auf 31 Unfälle und auf der B 58 die Zahl der Lkw-Unfälle von 28 auf 19 Unfälle zurückgegangen.

Da im Kreis Warendorf z.Zt. keine konkreten Verkehrsmengendaten über die Zunahme des Schwerlastverkehrs vorlägen, sei im Moment auch nicht beabsichtigt, zusätzliche verkehrsrechtliche Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Edelhoff erklärte, dass die Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion ausreichend beantwortet sei.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

| | | |
|-----------|---|-----------------|
| 5. | Anfrage der FDP - Kreistagsfraktion zum Thema Organisation | 350/2005 |
|-----------|---|-----------------|

Herrn Gnerlich erläutert, dass im Sommer 2004 über das Ergebnis der ORGA- Untersuchung ausführlich im Ausschuss berichtet wurde. Im Januar 2005 erfolgte im Rahmen der Haushaltsplanberatungen ein Zwischenbericht über den Stand der Umsetzung. Ausführlich soll in der Frühjahrssitzung 2006 über den Stand und Ziele der Umsetzung der ORGA berichtet werden.

Konkret, so Herr Gnerlich, seien z. Zt. folgende Maßnahmen, mit dem Schwerpunkt Verbesserung des Bürgerservices, umgesetzt worden:

- Personelle Verstärkung der Auskunft/Antragsannahmestelle mit dem Ziel, durch Beratungsgespräche und Vorprüfung von Antragunterlagen vollständige Anträge in die weitere Bearbeitung zu geben.
- Räumliche Verbesserung für eine angemessene Bürgerberatung
- Einführung der Komponente „BauOnline“ als Auskunftsmodul für Bauherren, Architekten und Träger öffentlicher Belange mit dem Ziel, das Baugenehmigungsverfahren transparenter zu gestalten und das Bauamt zu entlasten
- Verlängerung der Öffnungszeiten in der Antragsannahmestelle, Montags bis Donnerstags von 08:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Weitere Maßnahmen wie Verbesserung der Ablauforganisation, Einführung der Lotsenfunktion für größere Gewerbeprojekte, Einarbeitung der Wohnungsbauingenieure in das Bauplanungsrecht zur Sicherstellung einer ganzheitlichen Bearbeitung und Schnittstellenminimierung bei Schwarzbauten in bedeutsamen Fällen seien eingeleitet, jedoch noch nicht abgeschlossen. Maßnahmen wie die Zusammenlegung der Bereiche Registratur und Posteingang/-versand sowie Erfassung von Altakten und Umzug des Archivs so Herr Gnerlich, seien in Vorbereitung.

Von den bis 2007 einzusparenden 3,5 Vollzeitkräften (VZK) konnten bis jetzt bereits 1,4 Stellen VZK eingespart werden.

Herr Edelhoff erklärt, das die Anfrage der FDP-Kreistagefraktion ausreichend beantwortet sei.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

| | | |
|-----------|--|--|
| 6. | Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zur Installation von Anlagen zur Nutzung von Solarenergie und Fotovoltaikanlagen | |
|-----------|--|--|

Herr Heger erläutert die Vorlage und führt ergänzend aus, dass die in der Bauausschusssitzung vom 31.05.05 getroffenen Aussagen seinerzeit akzeptiert worden seien. Unabhängig davon bitte die SPD-Fraktion um nochmalige Prüfung, inwieweit die Installation von Solarenergie- und Fotovoltaikanlagen auf Gebäuden des Kreises möglich sei. Die dann dafür geeigneten Flächen sollen, um finanzielle Belastungen zu vermeiden, an private Investoren vermietet werde.

Dr. Funke weist darauf hin, dass bereits auf einigen Gebäuden des Kreises Solaranlagen (Berufskollegs Ahlen und Beckum) installiert worden seien. Er führt weiter aus, dass der Kreis nicht beabsichtige, eigenständig Fotovoltaikanlagen zu errichten, da die Investitionen selbst mit einer Bezuschussung nicht tragbar seien. Deshalb seien im Haushaltsplan 2006 auch keine weiteren Finanzmittel dafür vorgesehen. Bislang so Dr. Funke, habe sich ein Interessent gemeldet, der eine Fotovoltaikanlage auf Flächen des Kreises installieren wollte. Dieser Investor hätte jedoch erstens keine Miete für die Flächen zahlen wollen und zweitens hätte er den Kreis um Bezuschussung für die Errichtung dieser Anlage gebeten. Dafür jedoch habe der Kreis keine Mittel.

Beschluss:

Der Kreis Warendorf wird beauftragt zu prüfen, inwieweit Dachflächen von Gebäuden des Kreises für die Installation von Anlagen zur Nutzung von Solarenergie sowie für Fotovoltaikanlagen geeignet sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Paul Tegelkämper
Vorsitzender

Friedrich Gnerlich
Schriftführer